

## **SPERRFRIST:**

**1. Mai 2016, Redebeginn**

## **REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Stefan Körzell**

DGB-Vorstandsmitglied

**1. Mai 2016**

Berlin

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller,  
liebe Sharon, liebe Doro,  
herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung.

Ich freue mich heute bei Euch am Brandenburger Tor, in Berlin zu sein und mit Euch gemeinsam den 1. Mai, den Tag der Arbeit zu feiern.

Zeit für mehr Solidarität ist das diesjährige Mai-Motto.

Mehr Solidarität ist dringend notwendig in allen Bereichen unserer Gesellschaft. In der Wirtschaft, zwischen den Generationen und den Geschlechtern, mit den Geflüchteten!

Der 1. Mai ist unser Tag der Arbeit. Seit Generationen kämpfen Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Rechte.

Viele Erfolge hat die Gewerkschaftsbewegung errungen. Die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, der Kampf für die soziale Absicherung im Alter, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Wir haben auch viele Abwehrkämpfe in den letzten Jahren ausgefochten.

Arbeitsplatzabbau und Unternehmensverlagerung waren allzu oft Ursache für unseren Widerstand.

Zuletzt liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir jedoch große Erfolge erzielt. Der gesetzliche Mindestlohn ist nur einer davon.

Es kommt jetzt darauf an ihn weiter zu entwickeln.

Ja, wir haben viel erreicht und noch viel vor.

### *Zeit für eine Erhöhung des Mindestlohns*

Der Mindestlohn war der wichtigste jüngste Erfolg für den DGB und seine Gewerkschaften!

Aber vor allem für die betroffenen Beschäftigten.

Sage und schreibe 4,1 Millionen Menschen profitieren inzwischen davon!

Darunter ganz besonders: Frauen, Ungelernte und Beschäftigte in zahlreichen Dienstleistungsberufen.

Es profitieren aber zusätzlich rund 700 000 Beschäftigte in Branchen, in denen sich Arbeitgeber jahrelang gegen einen Tarifvertrag gewehrt haben. Sie waren angesichts des „drohenden“ gesetzlichen Mindestlohns aber zu neuen Tarifabschlüssen bereit, insbesondere um die Übergangsfristen für tariflich vereinbarte und allgemein verbindlich erklärte Branchenmindestlöhne zu nutzen.

Der gesetzliche Mindestlohn schützt weiß Gott nicht vor Altersarmut, aber er ist die unterste Haltelinie um Dumpinglöhne zu verhindern.

Er ist eine Anstandsgrenze nach unten!

In Ostdeutschland sind die Löhne seit der Einführung des Mindestlohns um mehr als 8 Prozent gestiegen!

Kolleginnen und Kollegen,



ein sattes, überfälliges Plus für die Beschäftigten.

Für weniger als 8,50 Euro darf nun kein Mensch mehr arbeiten. Und das ist gut!

Der Mindestlohn ist ein sozialpolitischer Meilenstein!

Noch ein erfreulicher Effekt des Mindestlohns: Seit Januar 2015 schrumpft die Zahl der ausschließlich geringfügigen Beschäftigungen. Minijobs sind nicht Existenz sichernd, führen gerade Frauen in die Altersarmut. Da aber die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland zeitgleich massiv zugenommen hat, sind offenbar Minijobs zu regulären (Teilzeit)-Stellen zusammengelegt wurden.

Denjenigen Wirtschaftsforschern, die im Vorfeld der Einführung des Mindestlohns den Verlust von hunderttausenden von Arbeitsplätzen prognostiziert haben sei gesagt, setzen – sechs, eure Panik haben wir nicht gebraucht, und brauchen sie auch nicht in Zukunft.

Und wer im Vorfeld meinte, dass durch den Mindestlohn viele Unternehmen in die Pleite rutschen, kann auch beruhigt werden: 2015 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gesunken und so niedrig wie noch nie seit der Einführung der Statistik.

Der Mindestlohn muss aber auch kontrolliert und die schwarzen Schafe, die ihn versuchen zu umgehen, bestraft werden.

Deshalb muss Schäuble die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll ausbauen und mit deutlich mehr Mitteln ausstatten.

Kolleginnen und Kollegen,

Mindestlohn-Ausnahmen auch für Flüchtlinge müssen tabu bleiben.

Nach heftigem Streit in der Koalition hat die CDU diesen Plan wieder fallen lassen.

Wer das fordert, wie z.B. die Arbeitgeber, der legt die Axt an den sozialen Frieden.

Im nächsten Jahr soll der Mindestlohn angepasst werden.

Wie hoch der Mindestlohn ab 2017 sein wird, darüber wird in letzter Zeit viel spekuliert.

Darüber werden wir in der Mindestlohnkommission mit den Arbeitgebern verhandeln.

Klar ist die Vorgabe durch das Gesetz: Die Mindestlohnanpassung hat sich unter anderem an der Tarifentwicklung zu orientieren.

Diese war gut.

Auch deshalb gibt es keinen Grund für Bescheidenheit, Kolleginnen und Kollegen.

Die Zeit ist reif für eine Erhöhung des Mindestlohns.

*Zeit für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt: Leiharbeit/Werkverträge: 9 April*

Kolleginnen und Kollegen,

eine Regelung fordern wir auch seit Jahren für Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer.

Wir wollen, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich beendet wird.

Leiharbeit und Werkverträge werden immer noch von den Unternehmen als Kostensenkungsmaßnahme genutzt.

Wir wollen die Leiharbeit darauf begrenzen für was sie eigentlich gedacht war:



Auftragsspitzen abzufedern.

Auch Werkverträge werden viel zu oft missbräuchlich genutzt um zentrale Bereiche der Sozialversicherung wie Krankenversicherung und Altersvorsorge auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Es ist skandalös wie die Arbeitgeber in großem Stil feste Jobs in Leiharbeit und Werkverträge umgewandelt haben.

Kolleginnen und Kollegen,

Andrea Nahles hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Klar ist wir hätten uns deutlich mehr gewünscht.

Aber der Vorschlag ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die CSU und mit ihr der Parteispendenfreudige Verband der bayrischen Metall- und Elektro-Industrie wollen ihn blockieren.

Deshalb haben wir am 9 April in München demonstriert und die CSU an den von ihr mitbeschlossenen Koalitionsvertrag erinnert. Mit Erfolg: der Koalitionsausschuss hat den Entwurf nun endlich frei gegeben.

Nun muss er ohne weitere Verschlechterungen umgesetzt werden! Es ist Zeit für eine deutliche Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen. Menschen dürfen nicht eingekauft werden wie Schrauben, das ist würdelos!

#### Zeit für mehr Infrastrukturinvestitionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deutlich mehr Anstrengungen bedarf es in der Wohnungspolitik.

Hier in Berlin hat sich die Situation komplett gedreht.

War es vor 10 Jahren noch relativ leicht eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist der Wohnungsmarkt heute genauso angespannt wie in fast allen anderen deutschen Großstädten auch.

Es ist ein Skandal, dass ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmerhaushalt kaum noch eine bezahlbare Mietwohnung in fast allen Ballungszentren dieser Republik findet.

Es ist schlimm, wenn Arbeitnehmer, über eine Stunde zur Arbeit brauchen, weil sie in der Stadt die Wohnungen nicht mehr bezahlen können.

Die Wohnungsfrage ist mit aller Wucht auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt.

Derzeit gibt es in Deutschland rund 1,5 Mio. Sozialwohnungen.

Der Bedarf an sozialem Wohnraum liegt nach Schätzungen jedoch bei 3,5 Mio. Wohneinheiten.

Gleichzeitig laufen die sozialen Bindungen vieler Wohnungen aus, ohne, dass dies durch den Neubau von Sozialwohnungen auch nur annähernd kompensiert wird.

Daher fordern wir die Einführung von dauerhaften Sozialbindungen bei staatlich geförderten Wohneinheiten.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist zwingend notwendig um einen Verteilungskampf um ein knappes Gut zu verhindern.

Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, dass Hartz IV Empfänger, Niedriglohnbezieher, Rentner und Arbeitslose mit Flüchtlingen um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren.

Darüber hinaus ist zur Schaffung von preiswertem Wohnraum eine stärkere Gemeinwohlorientierung im Wohnungsbau



dringend erforderlich, da Wohnen ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens ist und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

In Deutschland fehlen schon jetzt über 800.000 Wohnungen, besonders in den Universitäts- und Großstädten.

Gleichzeitig wird viel zu wenig gebaut, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Pro Jahr müssen 400.000 bis 450.000 Wohnungen gebaut werden.

Es war deshalb richtig, die Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau für die Bundesländer auf über 1 Mrd. Euro im Jahr zu erhöhen.

Diese müssen jedoch über 2019 hinaus verstetigt werden und nochmals erhöht werden.

Zusätzlich müssen Hunderttausend neue preis- und belegungsgebundenen Wohnungen jährlich geschaffen werden, um auslaufende Sozialbindungen auszugleichen.

Um kurzfristig Abhilfe zu schaffen, müssen in Ballungsräumen leerstehende Büroflächen in Wohnungen umgewidmet werden.

Kolleginnen und Kollegen,

es muss zielgerichtet bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden und die Bemessungszeiträume der Mietspiegel sollten von 4 auf 10 Jahre verlängert werden, um die Mieter wirksam vor Wucher zu schützen.

Die Anfang Februar vom Kabinett beschlossene Sonderabschreibung, die von Finanzminister Schäuble auf den Weg gebracht worden ist, wird weder zu zusätzlichen bezahlbaren Mietwohnungen noch zu einer Dämpfung der Mietpreise in Großstädten beitragen.

Der entscheidende Baustein wurde weggelassen, nämlich eine Mietbegrenzung bzw. die Beschränkung der AfA auf den sozialen Wohnungsbau.

Die einzige, in den letzten Verhandlungen sogar noch hochgeschraubte Begrenzung, ist die auf Baukosten (ohne Grundstück) von höchstens 3.000 Euro pro m<sup>2</sup>. Außerdem wurde eine nur 10jährige Vermietungsverpflichtung ohne irgendeine Vorgabe zur Miethöhe festgelegt. So funktioniert keine zielgerichtete Wohnungspolitik.

Der Entwurf sollte durch eine Mietpreisdeckelung, analog zur Mietpreisbremse, für die im Gesetzentwurf festgelegten Wohngebiete ergänzt werden.

Nur eine eindeutige Mietpreisobergrenze für steuerlich geförderte Wohnungen stellt sicher, dass das Ziel, die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für mittlere und untere Einkommensgruppen, tatsächlich erreicht wird und Mitnahmeeffekte von vornherein ausgeschlossen werden.

Es ist Zeit für eine andere, eine bessere Wohnungspolitik.

Kolleginnen und Kollegen,

seit vielen Jahren wird in Deutschland an falschen Stellen gespart.

- An Lehrern.
- An Kitas.
- An Polizisten.

- Bei den Arbeitslosen.
- An Schulgebäuden und Straßen.
- Am Breitbandnetz.
- An der Energiewende.
- Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen.
- In Schulen regnet es rein.
- Eltern werden aufgefordert am Wochenende die Kita ihrer Kinder zu renovieren.

— Und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Deutschland hat einen Investitionsstau alleine in den Kommunen von 132 Milliarden Euro. so sagt es die KfW.

Geld ist reichlich vorhanden. Es ist nur woanders. Bei den Vermögenden und Superreichen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Zeit ist reif endlich umzuverteilen!

Das reichste eine Prozent der Deutschen besitzt ein Drittel des gesamten Vermögens aller Deutschen. Die reichsten zehn Prozent mehr als zwei Drittel. Wir sagen: Starke Schultern müssen endlich wieder mehr tragen:

— Durch höhere Steuern bei Spitzeneinkommen, großen Erbschaften und Kapitalerträgen. Große Vermögen müssen wieder ordentlich besteuert werden.

Der DGB erarbeitet gegenwärtig ein Steuerkonzept, das zu mehr Gerechtigkeit führen wird. Letztendlich liegt es an der Politik die Weichen für eine gerechtere Steuerpolitik zu stellen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Zeit ist reif dafür!

### *Zeit für sichere und bessere Renten*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die große Koalition hat die Rentenpolitik wiederentdeckt.

Horst Seehofer, Sigmar Gabriel und auch die Kanzlerin wollen das Thema Rente anpacken. Die einen zur Bundestagswahl 2017, die anderen schon vorher.

Es hat lange gedauert, doch nach dem Entdecken des Themas brauchen wir Lösungen und keine Rente mit 70.

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Das gesetzliche Rentenniveau muss dringend stabilisiert werden.

Der DGB hat beschlossen, die Rentenpolitik 2016 und 2017 ins Zentrum seiner Aktivitäten zu stellen.

Dazu werden wir eine Kampagne ins Leben rufen.

Der Logik folgend, dass Arbeit billig sein muss, hat die Bundesregierung den Beitragssatz, den Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer jeweils in hälftiger Höhe tragen, festgelegt.



Er sollte bis zum Jahr 2030 auf maximal 22% steigen. Diese Festlegung erfolgte rein willkürlich. Das ist kein Naturgesetz, sondern folgt nur dem politischen Mainstream der Entwertung von Arbeit und dem Vorantreiben von Privatisierung, der den gewerkschaftlichen Positionen in den vergangenen 15 Jahren entgegenstand.

Seit diesen Reformen sinkt das Rentenniveau von ca. 53% im Jahr 2001 auf heute ca. 47%. Bis 2030 kann es noch auf 44% sinken, über das Jahr 2030 hinaus gibt es immer noch keine offiziellen Zahlen. Ein Leben in Würde ist damit nach einem harten Arbeitsleben nicht möglich.

Die Rente befindet sich im Sinkflug. Den müssen wir stoppen.

Wir fordern:

Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken, es muss stabilisiert werden.

Altersrente darf nach langjähriger Beitragszahlung nicht arm machen, sie muss ein Leben in Würde ermöglichen.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss von der Rente leben können.

Wer keinen Job gefunden hat, darf bei der Rente nicht auch noch dafür bestraft werden.

Auch wer nicht mehr kann, darf im Alter nicht arm sein.

Für den DGB ist dabei aber klar: Die Bekämpfung von Altersarmut ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie muss aus Steuermitteln finanziert werden, nicht aus Beitragsmitteln.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften steht die gesetzliche Rentenversicherung im Zentrum der Versorgung fürs Alter.

Die private Säule der Altersvorsorge ist gescheitert.

Riester war ein gigantisches Konjunkturprogramm für die Versicherungswirtschaft, und bringt im Alter wenig.

Die Zeit ist reif für eine Rente, die für ein Leben in Würde reicht!

### Verteilung

Kolleginnen und Kollegen,

Die Entwicklungsorganisation Oxfam hat kürzlich festgestellt, dass ein paar Dutzend Menschen mehr Vermögen besitzen als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Auch wurde viel über die sogenannten „1%“ auf der einen Seite und den restlichen „99%“ auf der anderen Seite der Vermögenspyramide berichtet.

70 % der deutschen Bevölkerung empfinden die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht; fast genauso viele sind der Meinung, dass die soziale Ungleichheit in den letzten Jahren zugenommen hat.

Nicht zuletzt Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat die Debatte international neu beflügelt.

Organisationen, wie die OECD oder der IWF, die nicht im Verdacht stehen, als Verfechter von Verteilungsgerechtigkeit bekannt zu sein, weisen auf die negativen Effekte von Ungleichheit hin.

Nur die Bundesregierung hat dies wohl noch nicht zur Kenntnis genommen.

Seit Jahren wird in Europa eine Krisenbekämpfung politisch propagiert und betrieben, die die Ungleichheit wachsen lässt



und die gesellschaftliche Spaltung vertieft.

Die Folgen einer völlig falschen Krisentherapie haben die soziale Spaltung in den Krisenländern vergrößert, Armut verbreitet und die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte geschwächt.

Für die Superreichen produziert die Finanzindustrie maßgeschneiderte Finanzprodukte, um im globalen Casino mitzuspielen.

Für die Niedriglohneempfänger entsteht ein Markt mit qualitativ minderwertigen Produkten. Denn sie können sich nur Billig-Produkte mit kurzer Lebensdauer leisten.

Während das oberste Prozent kaum noch einen Überblick hat, was mit seinem Geld geschieht, befinden sich die unteren 10 Prozent in der Schuldenfalle.

Diese Entwicklung zu mehr Einkommens- und Vermögensungleichheit ist ein globaler Trend.

Weltweit konzentrieren sich die Vermögen immer stärker in wenigen Händen. Ein Skandal!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in Deutschland wächst die Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Gruppe derjenigen, die von Armut bedroht ist, wächst trotz guter wirtschaftlicher Lage und trotz eines robusten Arbeitsmarktes. Ein Skandal in einem der reichsten Länder der Welt.

Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ist hierzulande größer als in vielen anderen Industriestaaten.

Vor allem nimmt die Zahl der Superreichen und ihr Vermögen wieder zu.

Um zum Kreis der Superreichen gezählt zu werden, muss man ein Vermögen von mindestens 50 Millionen US-Dollar besitzen.

Um dieses Vermögen aufzubauen, müsste eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Nettojahreseinkommen hierzulande 2370 Jahre ununterbrochen arbeiten, ohne in dieser Zeit einen Cent auszugeben.

4.900 Personen dieser Ultra-Reichen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Damit rangiert Deutschland im internationalen Vergleich nach den USA (58.900 Ultra-Reiche), China (9.600 Ultra-Reiche) und Großbritannien (5.400 Ultra-Reiche) auf dem 4. Platz.

Auch in der Arbeitswelt ist die Spreizung der Einkommen immer größer geworden:

Die Gehälter der Top-Manager konnten in den vergangenen Jahren kräftig zulegen. Ein DAX-Vorstandsvorsitzender erzielt im Durchschnitt das 167fache eines durchschnittlichen Einkommensbezieher und von Euch verlangen sie Enthaltsamkeit!

Kolleginnen und Kollegen,

ich finde, so viel mehr kann kein Mensch arbeiten, dass eine solche Vervielfachung gerechtfertigt ist.

Darüber hinaus werden fast nirgendwo hohe Vermögen und Einkommen steuerlich so stark geschont, wie hierzulande.

Reiche, Vermögende und Bezieher großer Erbschaften werden hierzulande in Watte gepackt.

In Deutschland machen vermögensbezogene Steuern lediglich 2,5% des Gesamtsteueraufkommens aus.





Der OECD-Durchschnitt lag im Jahr 2013 bei 5,6%.

Vermögende, reiche Erben und Spitzenverdiener tragen seit Langem nicht mehr angemessenen zur Finanzierung des Gemeinwohls bei.

Doch damit nicht genug: Vermögende wurden auch noch durch zahlreiche Steuergeschenke privilegiert.

Zulasten der Normalverdiener; zulasten der öffentlichen Hand, die in der Folge der Steuermindereinnahmen entweder mehr Schulden machen oder ihre Ausgaben für Zukunftsinvestitionen oder Beschäftigung zurückfahren musste.

Das Ergebnis: marode öffentliche Infrastruktur, steigende Arbeitsbelastung und schlechtere Bezahlung für Beschäftigte. Die Missstände sind offensichtlich!

— Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern Folge jahrelanger Umverteilung von unten nach oben.

Kolleginnen und Kollegen,  
damit muss endlich Schluss sein.

Die Zeit ist überreif für mehr Solidarität und eine gerechtere Verteilung.

Wir Gewerkschaften tun alles was in unserer Macht steht für eine gerechtere Verteilung zu sorgen. das tun wir mit unseren Tarifabschlüssen und mit unseren Forderungen gegenüber der Politik. Nun ist die Politik am Zug!

Vermögende müssen zukünftig einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl erbringen. Hierfür bedarf es der Wiedereinführung der Vermögensteuer, einer wirkungsvollen Erbschaftsteuer, sowie höheren Steuern auf Spitzeneinkommen.

— Und wir brauchen endlich eine Finanztransaktionssteuer damit die Zockerei im globalen Finanzcasino endlich der Vergangenheit angehört. Starke Schultern müssen endlich wieder mehr schultern. Die gesellschaftlichen Bedarfe sind riesengroß. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Oder anders gesagt: Mit Reichtum ist es wie mit dem Mist. Auf dem Haufen stinkt er, gut verteilt düngt, bzw. hilft er.

#### Berliner Situation

Auch hier in Berlin gibt es genug zu tun.

— Zwar ist die Berliner Wirtschaft in den letzten Jahren stark gewachsen und die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken, dennoch arbeiten viel zu viele Berliner in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

40 Prozent der Berliner arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Befristet, zu gering entlohnt oder in unfreiwilliger Teilzeit.

Längst halten die Einkommen mit den steigenden Mieten nicht mehr mit.

Die Berlinerinnen und Berliner brauchen Gute Arbeit, sicher und gut entlohnt.

Allzu oft haben auch in Berlin unternehmerische Fehleinschätzungen und falsche Entscheidungen zu Arbeitsplatzabbau geführt.

Auch jetzt bangen Berliner Kolleginnen und Kollegen um ihre Arbeitsplätze.

Nokia will seinen Berliner Standort schließen oder strebt zumindest eine Teilschließung an. Dies ist wieder einmal ein Negativ-Beispiel für weitsichtige Unternehmensführung:

Die Beschäftigten von Nokia Berlin sind hoch innovativ und leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung neuer Produkte. Während Berlin immer mehr zum weltweit beachteten Start-up Standort für neue Technologien wird, plant Nokia eine Teil-Standortschließung. Das ist unsozial und wirtschaftlich kurzsichtig.

Ich fordere Nokia auf, sich an den Standortsicherungsvertrag zu halten, den das Unternehmen mit der IG Metall ausgehandelt hat.

Die Beschäftigten, ihr Betriebsrat und die IG Metall haben gute Ideen, diese müssen jetzt mit dem Unternehmen ausgearbeitet werden, anstatt den Betrieb zu schließen.

Auch bei einem anderen Unternehmen in Berlin hat das Management grundlegend falsche Weichenstellungen vorgenommen: Bei Vattenfall, ehemals Bewag, soll zum Ende des Jahres 2018 der komplette Kundenservice geschlossen werden. Darüber hinaus wird das Outsourcing sämtlicher Serviceleistungen in den Bereichen, Finanzierung, Personal und



IT vorbereitet.

Kolleginnen und Kollegen,

während immer mehr Verbraucher Stromtarife vergleichen und den Anbieter wechseln, schafft Vattenfall den Kunden Service ab. Was für eine grandiose unternehmerische Fehlentscheidung.

Die Beschäftigten sollen in den ausgegliederten Bereichen mit Gehalts Einbußen von bis zu 65 Prozent zurechtkommen. Eine Frechheit!

ich sage an die Adresse des Vattenfall Managements: Macht den Unsinn rückgängig und sorgt für Gute Arbeit bei euren Beschäftigten anstatt radikal auszugliedern.

Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten von Nokia und Vattenfall und unterstützen sie in ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Aber in Berlin gibt es leider darüber hinaus viel zu tun:

Der Senat muss seine Hausaufgaben erfüllen und mehr für bezahlbaren Mietwohnungsbau tun, industriepolitische Initiativen unterstützen und im öffentlichen Dienst endlich massiv einstellen.

Es ist nicht in Ordnung, dass Berlinerinnen und Berliner wochenlang auf einen Termin für einen neuen Pass warten müssen, weil die Personaldecke in den Bürgerämtern so ausgedünnt wurde.

Ein funktionierender, bürgernaher öffentlicher Dienst ist der Garant für eine erfolgreiche Stadt. Berlin braucht aber auch mehr Industrie. 90.000 Industriearbeitsplätze fehlen in dieser Stadt.

Industriearbeitsplätze sind überdurchschnittlich gut bezahlt und bringen Einkommen und Kaufkraft, sowie Steuereinnahmen in die Stadt.

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit für Berlin, in der Industrie und in der öffentlichen Verwaltung ist das Gebot der Stunde.

Start-ups und Solo-Selbständige müssen in eine wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Gesamtstrategie zugunsten von Guter Arbeit eingebettet werden. Wir Gewerkschaften sind hier aktiv dabei.

Die Rahmenbedingungen muss jedoch auch in Berlin die Politik bereitstellen.

#### aktuelle Tarifrunden

Kolleginnen und Kollegen,

auch hier in Berlin und bundesweit laufen gegenwärtig die Tarifrunden

Für rund 12 Millionen Beschäftigte laufen die Tarifverträge aus.

Die Gewerkschaften haben ihre Tarifforderungen auf den Tisch gelegt.

Die Arbeitgeber der Metall Industrie haben zunächst eine Lohnerhöhung von 0,9 Prozent und eine Einmalzahlung von 0,3 Prozent angeboten. Sie sollten sich schämen. 2,1 % mehr für zwei Jahre wie sie es jetzt bieten, macht es nicht besser!

Im Öffentlichen Dienst 3 Prozent für zwei Jahre. 1 Prozent in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist kein Angebot, das ist eine Provokation!

Die Beschäftigten haben eine ordentliche Steigerung ihrer Löhne mehr als verdient.

Das ist nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die Produktivität der Unternehmen ist durch die engagierte Arbeit der Beschäftigten gestiegen.

Deswegen müssen sie auch angemessen an den Erfolgen der Unternehmen beteiligt werden.

Höhere Löhne stärken die Konjunktur und kurbeln die Binnenwirtschaft an.

Die Unternehmen können sich gute Löhne leisten, denn die Wirtschaft ist und bleibt stabil.

Wer heute klagt, er bekomme keine Fachkräfte am Arbeitsmarkt, der ist auch in der Pflicht durch gute Löhne, Ausbildung und Weiterbildung Fachkräfte zu halten und auch zukünftig zu bekommen.

Das gleiche gilt für den öffentlichen Dienst: Gute öffentliche Leistungen bekommt man nur durch qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigte. Wir benötigen im öffentlichen Dienst mehr Personal, mehr Weiterbildung und mehr gute Arbeit. Das heißt: Es muss Schluss sein mit den sachgrundlosen Befristungen.

Die Altersversorgung muss gesichert werden, ebenso wie die Qualität der Ausbildung.

Die Ausgebildeten müssen übernommen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen solidarisch an eurer Seite und unterstützen euch in eurem Arbeitskampf.

Ihr habt in den laufenden Tarifrunden unsere volle Unterstützung!

### TTIP und CETA

Kolleginnen und Kollegen,

Unser Kampf für Gute Arbeit findet nicht nur hier in Deutschland statt!

Gerade in den letzten Monaten waren wir immer wieder im Kontakt mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den USA und in Kanada.

Gemeinsam kämpfen wir dafür, dass Arbeitnehmerrechte nicht durch unfaire Freihandelsabkommen geschliffen werden. Die kanadischen, wie die europäischen und die US-Gewerkschaften sind sich einig:

Die geplanten Abkommen TTIP, CETA und TISA gehen in die falsche Richtung und dürfen so nicht kommen!

Wir wollen keine Sonderklagerechte für Investoren!

Der einseitige Fokus auf Konzern- und Investoreninteressen muss ein Ende haben.

Wir wollen stattdessen einen fairen Welthandel, von dem alle profitieren. Es braucht starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit.

Diese Rechte müssen endlich durchsetzbar in internationalen Verträgen festgeschrieben werden.

Das hätten Obama und Merkel letzte Woche mal beschließen sollen, anstatt TTIP voranzutreiben!

### Europa und Flüchtlinge

In den letzten Wochen und Monate hat die Entwicklung der Flüchtlingsbewegung zu großer medialer Aufmerksamkeit, außergewöhnlichen Wahlergebnissen bei Landtagswahlen und heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geführt.

Viele sorgen sich, wie man den vielen Menschen, die bei uns Schutz suchen eine Bleibe bieten kann.

Sie fliehen vor Krieg, Hunger und Mord. Sie fliehen zu uns, weil sie sich eine bessere Zukunft versprechen.

Es war und ist richtig, dass die Kanzlerin gesagt hat wir können das schaffen.

Alle Demokratinnen und Demokraten müssen zusammen eintreten gegen Fremdenhass und Intoleranz.

Zäune und Schlagbäume können nicht die Lösung sein.

Allen, die mit fremdenfeindlichen Parolen und auch mit gewaltsamen Übergriffen Flüchtlingen schaden und sie attackieren müssen wir die Stirn bieten.

Bei den Landtagswahlen am 13. März in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg hat die AfD in bisher nicht gekanntem Ausmaß Zuspruch bekommen.

Wir dürfen ihnen nicht die Deutungshoheit über das Thema Integration und Flüchtlinge überlassen.

Wir dürfen nicht aufhören den Menschen im Lande unsere Vorstellungen von einer gelingenden Integration aufzuzeigen. Zuhören, diskutieren und Überzeugen.

Das ist die Aufgabe aller demokratischen Parteien, um der AfD die Stirn zu bieten.

Und wer denkt die AfD sei eine Partei für Arbeitnehmer, Rentner und Erwerbslose, der sollte einen Blick in deren Parteiprogramm werfen.

- Die AfD will das Renteneintrittsalter erhöhen
- Sicherheitsbestimmungen in den Betrieben abbauen
- Reiche steuerlich entlasten
- Sie ist mal für und mal gegen den Mindestlohn
- Sie will die heutige Arbeitsvermittlung abschaffen
- mit dem Sozialstaat hat sie gar nichts am Hut.

Das ist Politik gegen Arbeitnehmer und nicht für sie.

Die Flüchtlinge haben bei uns eine Zukunft.

Gerecht verteilt innerhalb der Europäischen Union können wir die Herausforderung meistern.

Der DGB hat am 11. Februar die Allianz für Weltoffenheit ins Leben gerufen. Mit dabei sind die beiden großen Kirchen, der Zentralrat der Juden, der Koordinationsrat der Muslime, die BDA und viele weitere Organisationen. Mittlerweile sind es 190.

Wir stehen gemeinsam für Weltoffenheit und Toleranz und gegen Rassismus und Ausgrenzung. Dieses Bündnis ist ein starkes Signal.



Wir stehen zusammen und wollen den Flüchtlingen helfen hier bei uns Fuß zu fassen.

Die ankommenden Menschen brauchen eine Bleibe und eine Arbeitsperspektive. Nur dann kann Integration gelingen. Sie dürfen aber nicht gegen die Einheimischen ausgespielt werden. Weder bei der Wohnungssuche, noch bei der Suche nach Arbeit.

Verteilungskämpfe zwischen Flüchtlingen und Einheimischen um knappe Güter, wie bspw. bezahlbaren Wohnraum darf es nicht geben. Unser Arbeitsmarkt kann viele Schutzsuchende integrieren. Bildung und Qualifizierung sind der Schlüssel dafür.

Die Bewältigung der Flüchtlingsbewegung wird alle gesellschaftlichen Akteure, auch die Gewerkschaften vor große Herausforderungen stellen.

Aber ich bin sicher: „Europa und Deutschland kann das schaffen.“

Dazu bedarf es aber massiver staatlicher Anstrengungen.

Wir Gewerkschaften verteidigen die demokratische Grundordnung und das Grundrecht auf Asyl!

Angriffe von rechts auf Flüchtlingsunterkünfte müssen hart bestraft werden.

Mehr als 1.000 solcher Anschläge gab es im letzten Jahr – das Fünffache des Vorjahres!

Gewalt gegen Menschen ist ein Verbrechen und muss mit der ganzen Härte des Rechtsstaats geahndet werden.

Um es ganz klar zu sagen: Wir lassen unser Land nicht von einer Minderheit aus der rechten Ecke spalten.

Wir werden den Rassisten zeigen, dass sie nicht das Volk sind! Auf den Straßen, auf den Plätzen, in der Öffentlichkeit! Wir sagen selbstbewusst: „WIR sind die Mehrheit in Deutschland!“ Wir stemmen uns gegen Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge!

Die Gewerkschaften haben zu den ersten Opfern der Nazis gehört. Auch deshalb engagieren wir uns mit allen Kräften gegen Rechts. Viele von euch beteiligen sich daran. Danke euch dafür.

Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich noch ein paar Sätze zur Situation in Europa sagen. Noch immer sind über 21 Millionen Menschen in Europa arbeitslos.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Griechenland und Spanien nach wie vor bei rund 50 Prozent bzw. 45 Prozent.

In Italien bei knapp 40 Prozent.

All das verdanken wir dem Irrglauben an den haushaltspolitischen Fetisch der „Schwarzen Null“.

Damit aber längst nicht genug.

Nein – die falsche Krisenpolitik hat Tür und Tor geöffnet für eine neue Welle des gegenseitigen Misstrauens, der Europafeindlichkeit und des Rechtspopulismus.

Die Rechnung für all das bezahlt Europa nun in der Flüchtlingspolitik.

Keine Spur von solidarischer Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Oder gar einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Stattdessen haben wir jetzt ein Abschiebeabkommen mit der Türkei auf Kosten der Schutzsuchenden. Wir nehmen in Kauf, dass nach Schließung der Balkanroute Zehntausende von Flüchtlingen an der griechisch-mazedonischen Grenze festsitzen.

Im Grenzort Idomeni stehen wir vor einer humanitären Katastrophe.

Alleine gelassen mit dieser gewaltigen Aufgabe droht Griechenland die völlige Überforderung.

Wieder steht die Perspektive eines Grexit im Raum.

Die britische Regierung hat gerade erst gezeigt, wohin es führen kann, wenn in Europa eine Politik der nationalen Egoismen die Oberhand gewinnt.

Der britische Premierminister Cameron hat mit Erfolg auf eine Strategie der Erpressung gesetzt.

Er hat mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU gedroht.

Unabhängig davon, wie das britische Brexit-Referendum Ende Juni ausgeht, müssen wir jetzt in die Offensive gehen.

Gegen Renationalisierung und Desintegration. Für sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit.

Was wir brauchen, ist eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik für Europa. Wir brauchen Investitionen statt Sparpolitik. Wir brauchen hohe Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsstandards.

Ebenso wie einen tragfähigen Schutz und die Weiterentwicklung der Mitbestimmung auf europäischer Ebene.

Wofür wir besonders eintreten, ist faire Mobilität in einem weltoffenen Europa.

Nur so können wir den hetzerischen Umtrieben der Rechtspopulisten ein Ende zu setzen.

Wir wollen eine EU, in der Menschen aus Europa und anderen Teilen der Welt willkommen sind, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten und vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden.

Wir kämpfen für ein soziales Europa, das für eine starke Rolle der Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene steht und die mitgliedstaatlichen Tarifsysteme respektiert.

Und eines muss uns bei alledem klar sein:

Auf Dauer wird es uns im Exportland Deutschland nicht gut gehen, wenn es unseren Partnern in Europa schlecht geht.

Deshalb ist es in unserem ureigenen Interesse, wenn Deutschland sich bei der Gestaltung des sozialen Europas von morgen ganz vorne an die Spitze des Zuges setzt.

Dafür muss die Bundesregierung aber zu allererst einmal von ihrer rigiden Spardiktat ablassen.

Nur mit einem klaren Kurswechsel können wir in Europa die Weichen für mehr Investitionen in Wachstum und Beschäftigung stellen!

Kolleginnen und Kollegen,

Dafür streiten wir, heute und morgen! Der 1 Mai war, ist und bleibt unser Tag! Wir stehen zusammen für mehr Solidarität. Wir haben viel erreicht und noch viel vor. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Glück auf!